

Keine Rente erst mit 67 – Für einen gesicherten Lebensabend!

In Deutschland sind offiziell mehr als vier Millionen Menschen arbeitslos, davon allein rund 170.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern – einem der bevölkerungsärmsten Bundesländer. Anhand dieser Zahlen mutet es geradezu unverständlich an, daß die Bundesregierung nun die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre plant.

Diese Pläne der Bundesregierung dürfen auch uns Mecklenburger und Pommern nicht kalt lassen. Was hier gegen den Willen der Mehrheit des Volkes durchgesetzt werden soll, ist sozial- wie auch arbeitsmarktpolitisch ein bundesrepublikanischer Schildbürgerstreich auf Kosten unseres Landes.

Sicherlich, die Menschen werden älter und beziehen demzufolge länger Rente. Doch die Schlußfolgerung, daß die Menschen auch länger arbeiten können, ist schlichtweg falsch. Viele Ältere können aufgrund von körperlichen und/oder geistigen Belastungen überhaupt nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten. Zukünftig wird diese nicht unerhebliche Gruppe, wenn sie früher in Rente gehen möchte, eine Rentenkürzung von bis zu 14,4 Prozent hinnehmen müssen. Wir haben heute, statt des gesetzlichen Rentenalters von 65, ein reales durchschnittliches Renteneintrittsalter von 58 oder 59 Jahren. Ein Grund dafür ist die desolante Lage auf dem Arbeitsmarkt! Denn selbst wer im hohen Alter noch arbeiten kann, findet keine Arbeit mehr. Die Pläne der Bundesregierung bedeuten für jeden von uns:

- ▶ Arbeiten bis zum Umfallen
- ▶ noch mehr Rentenkürzungen und Nullrunden
- ▶ stark steigende Altersarmut
- ▶ noch weniger Arbeitsplätze für die Jugend

Neben der Tatsache, daß die Menschen immer älter werden, muß die abnehmende Bevölkerungsentwicklung als Ausrede dafür hinhalten, daß das Rentensystem in der heutigen Form nicht mehr finanzierbar ist. Abgesehen davon, daß die katastrophale demogra-

phische Entwicklung ein, von den Altparteien selbst herbeigeführter Zustand ist, werden hier die wirklichen Ursachen verschleiert.

Mit ihrer familienfeindlichen Politik und vor allem mit der Destabilisierung der Arbeitnehmereinkommen tragen die etablierten Parteien die Alleinschuld am miserablen Zustand des Rentensystems.

Durch Niedriglohn und sogenannte Minijobs wurden Dinge angestoßen, die sich nun zwangsläufig auf die Finanzierung der Rentenkassen niederschlagen. Die Altparteien reden immer wieder davon, daß Niedriglohn Arbeit schafft. Genau das Gegenteil ist aber der Fall: Niedriglohn schafft Ausbeutung und leere Rentenkassen!



NPD-Fraktion kämpft gegen die Rente erst mit 67

Die NPD-Fraktion hat aus Verantwortung um die Zukunft unserer Bürger zu diesem Thema im Landtag einen Antrag eingebracht. Der sozialpolitische Sprecher der NPD-Fraktion, Stefan Köster, begründete die Initiative unter anderem so:

„Als Landtag müssen wir hier Stellung beziehen, da mit dem Beschluß auch die Menschen in unserem Land betroffen sind. Die Anhebung des Rentenalters ist somit nicht ein Vorgang, welcher im Bundestag einfach so widerspruchlos durchgepeitscht werden darf. Hier sind auch die Bundesländer und die Landesparlamente aufgefordert, sich klar zu positionieren.
(...)

Hier wird wieder einmal massiv in die sozialen Lebenslagen der Menschen eingegriffen. Es sind nicht nur die vielen Rentnerinnen und Rentner, die Sorgen haben, sondern es sind auch die Arbeitnehmer und die Jugend, denn sie haben folgende Perspektive: Sie können nur immer geringer werdende Rentenzahlungen erwarten und haben die Sorge – die Arbeitsmarktzahlen sind nun einmal so, wie sie sind –, daß sie mit 55 keine Arbeit mehr finden und unter Hartz IV fallen. Das ist eine sehr schlechte Zukunftsperspektive!“

Alle Fraktionen, einschließlich der Linkspartei.PDS, stimmten gegen den Antrag und billigten die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.

Die NPD-Fraktion fordert:

- ▶ Beibehaltung des gesetzlichen Renteneintrittsalters von 65 Jahren.
- ▶ die Normalitätsannahme der sogenannten Eck-Rente mit 45 Beitragsjahren ist zu hinterfragen und es sind sozial gerechte Maßnahmen vorzunehmen, welche die drastischen neoliberalen Veränderungen in der Arbeitswelt berücksichtigen. Das Volk darf nicht die Mißwirtschaft der Altparteien bezahlen.
- ▶ eine Erwerbsminderungsrente, welche Deutschen, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen, den Zugang in die Erwerbsminderungsrente ohne Abschläge erleichtert.
- ▶ die gesetzliche Rentenversicherung muß zu einer Volksversicherung umgebaut werden, welche alle Bürger mit allen Einkommen in die Finanzierung einbezieht.
- ▶ die Lebenserfahrung älterer Arbeitnehmer muß wieder mehr Gewicht erhalten. Dieser Umdenkungsprozeß bei den Unternehmern muß durch die Politik gefördert und unterstützt werden.
- ▶ die Sozialsysteme dürfen nicht mehr durch versicherungsfremde Leistungen ausgeplündert werden.

Liebe Landsleute!

Schreiben Sie uns!

Nach jahrzehntelanger Arbeit droht immer mehr Angehörigen unseres Volkes die Altersarmut. Seit Jahrzehnten wird unser Volk von den Vertretern der etablierten Blockparteien belogen und betrogen!

Die Lage ist schwierig, aber nicht hoffnungslos. Die Grundlage für einen gesicherten Lebensabend ist die Solidarität zwischen den Generationen. In einem gesunden Volk, das von einer am Menschen orientierten nationalen Regierung geführt wird, ist dieser Grundsatz eine Selbstverständlichkeit. Ein Rentenproblem oder gar ein Generationenproblem gäbe es nicht.

Unser Land ist in einem Umbruch. Viele in unserem Volk haben angesichts der Verhältnisse resigniert. Aber: Wer nicht kämpft, kann auch nicht gewinnen! Wo nicht gehandelt wird, kann es nur abwärts gehen. Deshalb braucht unsere Heimat dringend eine verantwortungsbewußte Politik. Und: Unsere Heimat braucht auch Sie! Wir müssen Anpacken und Handeln, damit sich etwas ändert! Machen Sie mit! Schreiben Sie uns! Informieren Sie uns über Ungerechtigkeiten in Ihrer Region! Nur wer sich wehrt, bewegt etwas. Bewegen wir gemeinsam etwas für unser Land!

Ihr Stefan Köster

Info-Gutschein

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

ePost

Telefon

Alter

- Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion. Bitte senden Sie mir einmalig ein umfangreiches Informationspaket zu.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Ausschneiden und einsenden an:

NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern

Schloß, Lennéstraße 1
19053 Schwerin

Tel.: (0385) 525 13 11

Fax: (0385) 525 13 21

ePost: info@npd-fraktion-mv.de



Hier sprechen wir!

www.npd-fraktion-mv.de



**NPD-Initiative:
Keine Rente
erst mit 67**

NPD
Die Nationalen

